

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

83 (9.4.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl der bei Anfertigung des Nachtrags erteilt, bei gleichzeitiger Verbreitung und bei Anfertigung nach Anfertigungser und Gerichtsstand in Karlsruhe i. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Mark. Einzelhefte ohne Zustellung 1,50 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Einzelhefte auf 10 Pfennig o. Erchein 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Weidstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volksfreund-Jubiläum-Durchsch. Hauptstr. 9 D.-Baden, Jacobstraße 12. Rollen-Rotdruck 7. Offenburg. Reichsdruck. 8.

Nummer 83

Karlsruhe, Samstag, den 9. April 1932

52. Jahrgang

Größenwahn und Narrentum

Hüte dich, deutsches Volk, vor politischen Abenteurern

Frühjahr 1912! Die deutschen Gesangsvereine sind zum Wettstreit in der Festhalle einer deutschen Großstadt angetreten. Auf dem Podest des damals größten Raumes stehen Fanfarenbläser in der bunten Tracht mittelalterlicher Herolde; mit silbernen Posaunen verkünden sie den herannahenden Cäsar. Weißgekleidete Mädchen und Pagen streuen Blumen, steifgestärkte Bürgerhemden knistern und dann kommt C. N. Hoffmann, der Kaiser, in weißer Uniform, mit silbernem Adlerhelm, der Hohenstaufen der Weltoper!

Hatte er nicht verkündet: „Mir ist Mein Kurs vom Himmel vorgegeschrieben.“
War er es nicht, der von sich in öffentlicher Rede sagte:

„Ich bin ein Instrument des Herrn!“

In diesem Stille redete er, dachte, fühlte er, fuhr er durch die Lande von Parade zu Parade, von Konstanz bis Königsberg, von Bremen bis Basel, vier- bis fünfmal täglich die Uniform wechselnd.

Heute im Manöver als Oberster Kriegsherr und Schlachtenlenker, morgen als Admiral auf dem Ozean, übermorgen als Geistlicher das Evangelium verkündend; heute den Soldaten zurendend, sie sollten ihre Schwerter geschliffen und das Pulver trocken halten, morgen im weißen orientalischen Gebetsmantel wie Christus in Jerusalem einziehend!

Und immer:

Ich, Ich, Ich!

Ich bin, Ich will, Ich werde, Ich befehle, Ich ordne an!

„Ich, der Oberste Kriegsherr, Ich, der Imperator.“
„Es ist Mein allerhöchster Wille.“ und „Wer sich Mir entgegenstellt, den zerschmettere Ich!“

„Die Sozialdemokratie überlassen sie Mir, — Ich werde sie niederreiten!“

„Diese vaterlandslosen Gesellen, nicht wert den Namen Deutsche zu tragen!“

„Ich führe die Jugend von Sedan und Gravelotte über Leuthen und Koblenz zurück nach dem Termophylen!“

„Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen“ — „aber was auch kommen möge,

Ich kenne keinen bessern Ort zu sterben als in der Mitte meiner Feinde!“

So raste Er durch die Länder, kommandierte Er die Soldaten und Offiziere, die Minister und die Politik, die Schule und die Kunst, so wütete Er wie in einem Porzellanladen und so führte Er Jugend und Aeltere, Land und Volk in das Verderben, in den Untergang!

Ein gekrönter Narr,

der Millionen seines Volkes sterben sah und ruhig weiterlebte, Er und seine Söhne in Saas und Brauns, von den Steuergroßen seiner im Elend tiefster Not zurückgebliebenen Untertanen!

Frühjahr 1932!

In der gleichen Festhalle wiederum Fanfarenlänge vom Podium der Festhalle, wiederum weiß gekleidete Mädchen, die Blumen streuen, begeisterte Kleinbürger, denen das steif gestärkte Hemd fehlt. Das System Wilhelm II. hat sie zertrennt und zu Fetzen zerissen.

Doch die Fanfaren tönen und es wird die Rückkehr des Alten und Guten angekündigt: Den Mietern billige Wohnungen, dem Hausbesitzer höhere Wohnzinsen, — dem Arbeiter und Angestellten höchste Löhne dem Fabrikanten billige Arbeitskräfte, dem Inland neue schimmernde Wehrmacht, mit Arbeitsdienstpflanz und Kasernierung, der Jugend — dem Ausland: Achtung und Anerkennung des Versailles Vertrages.

Vor inländischen Journalisten: Sofortige Aufhebung aller Notverordnungen, Freiheit und Glück;

Vor amerikanischen und englischen Journalisten: „Es ist selbstverständlich, daß wir nicht sofort die Notverordnungen aufheben können.“

Vor den Gerichten der Schwur: „Wir sind Legale!“

Im Braunen Haus:

„Befehl: Fertig machen zur Erstürmung der Rathäuser, der Regierungsgebäude, der Post, zum Bürgerkrieg!“

Im Programm:

Die Frau muß wieder Magd und Dienerin werden. Die Frau gehört ins Haus. Schluß mit der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Im Berliner Sportpalast: „Es ist eine infame Lüge, daß wir den Frauen die politischen Rechte nehmen wollen.“

Im Braunen Haus und bei den SA-Truppen: „Sjtem Röhme! Im Berliner Sportpalast: „Wir werden dafür sorgen, daß jedes deutsche Mädchen wieder seinen Mann zur Ehe bekommt!“

Fanfaren erklingen — und da ist Er, der Große, der Held von Braunan und des Münchener Novemberputsches, die Hoffnung und der Anker der eid- und wortbrüchigen Hohenzollern.

Er, Adolf, der wahre Nachfolger Wilhelm II., jagt von Stadt zu Stadt, gibt Befehle, kommandiert, läßt sich photographieren, dreimal täglich in den verschiedensten Posen und Bekleidungen.

Ich, Ich, Ich!

Adolf Hitler sage euch, ordne an, verkünde euch, führe euch herrlichen Zeiten entgegen! Ich, Adolf der Staatsmann, Adolf der Philosoph, Adolf der Landwirt, Adolf der Arbeiter, Adolf der Handwerker, und dann betet er: „Herr Gott, wir haben alles getan, was Menschen tun können, gib Du uns Deinen Segen!“

Im katholischen Westen ist er der Staatshalter Gottes — im protestantischen Osten: der wiedererstandene Luther!

Er läßt sich feiern als der größte deutsche Lehrer und Erzieher, als „Universal-Genie“, als „Bismarck, Gladstone, Washington in einer Person“, als „Friedrich den Großen“ und Wilhelm I. in einer Person.

Und alles dies geschieht in seiner eigenen Presse und auf seine eigene Anordnung.

In Wahrheit ist er nichts anderes als ein Wilhelm III. aus Braunan,

eine hohle Ruh, ein verlogener deflatterter Kleinbürger,

ein widerwärtiger Scharlatan, sein eigener Reklamemanager, der sich genau wie sein Vorbild aus Doorn von weißen Mädchen, Fanfaren und Blumen empfangen läßt, Köpfe rollen will — alles wie einst, bis zum „Hilferetter“.

Nur ein Unterschied: Wilhelm II. besaß einen ererbten Thron und hatte die stärkste Armee und den mächtigsten Industriestaat der Welt hinter sich, während dieser Ueberwilhelm und Uebernarz nur einen Palast in München und nur eine Söldnertruppe unterhält, die sich zu einem Teil aus Abenteurern aller Herren Länder und aus notorischen Verbrechern zusammensetzt.

Selbst der Graf Eulenburg, Wilhelm II. und die ehemalige Hofkammerantin sind ästhetischer Ansicht gegenüber dem berühmten Stabschef Röhme und der Kamerilla dieses Hitler.

Von Joz. v. Lauß, dem Hofpoeten Wilhelms und Eulenburgs „Sang an Aegir“

bis zum Joseph Goebbels, der heute seinem Gebieter Hymnen singt, an die er selbst nicht glaubt, bis zu Röhme und zur „Nacht der langen Messer“: Das ist der ganze Wechsel und Abstieg, der wahre Abstand von 1912 bis 1932!

Die herrlichen Zeiten, denen Wilhelm II. sein Volk entgegengeführt hat, kennen wir, und selbst die kommenden Generationen werden noch die Spuren davon tragen.

Ein großer Fehler wäre es, wenn sich jetzt nicht das deutsche Volk von seinem „Wilhelm III.“ befreien würde, von dem wir nur eines wissen: daß er „siegen oder sterben“ will, wie sein Vorgänger, daß er aber ebenso andere in die Gräber jagt, und selbst vergnügt in irgend einem Doorn eintritt weiterlebt, schreibend, redend und autofahrend: Tati, tati!

Was geblieben ist in diesen zwanzig Jahren, das ist die deutsche Arbeiterklasse, die alte Garde August Bebel's, gruppiert um die deutsche Sozialdemokratie und um die deutschen Gewerkschaften.

Der Thron ist gestürzt und Wilhelm II. hat den Staub von den Füßen geschüttelt. Wenn Wilhelm III. längst nicht mehr ist und alle braunen Häuser versunken und vergessen sein werden, einer war, einer ist, einer wird sein und siegen:

Die Sozialdemokratie!

den Faschismus zu schlagen, um politischen Größenwahn und Narrentum niederzuringen

wählen alle Sozialdemokraten Hindenburg!

Rechtzeitig wählen!!

Wahlansweis nicht vergessen!

Alle Wahlberechtigten an die Urne!

Wählt Hindenburg!

Reichspräsidentenwahl Zweiter Wahlgang.	
Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin	<input checked="" type="radio"/>
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, Münden	<input type="radio"/>
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	<input type="radio"/>

Nur diese amtlichen Stimmzettel dürfen bei der Wahl verwendet werden.

Deutschlands Geisteswelt wählt Hindenburg

Ein Aufruf deutscher Schriftsteller und Dichter

Die nationalsozialistische Presse macht viel Aufhebens davon, daß sich, nachdem sie alle Keller und Dachstuben abgekaut hat, endlich ein paar angebliche Geistesarbeiter gefunden haben, die sich dem Saufenkreuzbanner angeschlossen haben. Die von der nationalsozialistischen Presse hierüber veröffentlichten Namen sind bezeichnend für ihre Qualität: Neben dem alten bekannten politischen Querschnitt Prof. Lenard von Heidelberg und dem heute schon halbvergessenen Bielschreiber Rudolf Herzog sind nicht mehr als ein paar fast gänzlich obdunkelte Leute aufgezählt, womit sich der ganze Reichstum geistiger Größen bei den Nationalsozialisten erschöpft. Geistige Größen haben eben bei den Nationalsozialisten auch nichts zu suchen, und die wirkliche deutsche Geisteswelt hat deshalb auch die Konsequenzen gezogen.

Sobald wird nämlich von einer Anzahl deutscher Schriftsteller und Dichter, darunter eine Reihe Schriftsteller, die ganz und gar nicht etwa ins Lager der Linken einzurubrizieren sind, ein Aufruf veröffentlicht, in dem mit aller Entschiedenheit zur Wahl Hindenburgs aufgerufen wird, der dabei als der Ausdruck der tiefsten und besten Eigenschaften unseres Volkstums bezeichnet wird, indem gleichzeitig erklärt wird: „Daß das deutsche Volk im zweiten Wahlgang ein starkes Bekenntnis zu Hindenburg ablegt, sollte öffentliche Selbstverständlichkeit sein.“

Unter den Unterzeichnern des Aufrufs befinden sich u. a.:

Ernst Racmeister, Werner Bergengrün, Bruno Brebm, Paul Ernst, Cornelius Gurlitt, Hans Heinrich Busse, Hans Franke, Nicolaus Guck, Holbe Kurz, Gerhard Menzel, Willi Erich Reudert, Eduard Reinacher, Benno Rüttenauer, Albrecht Schäffer, Wilhelm Scharrelmann, Friedr. Wfr. Schmid-Noerr, Ina Seidel, Heinz Steuweit, Hermann Stehr, Otto Stöhl, Otto v. Laube, Leo Weismantel, Konrad Weiß, Ernst Wiskert, Josef Winkler, Leopold Ziegler.

Wer bezahlt die Putschisten?

Wer sind die Geldgeber des Bürgerkriegs?

Das Material über die Putschvorbereitungen der Nationalsozialisten läßt den Umfang der braunen Armee des Herrn Hitler und die Größe ihres technischen Apparates eingetrennt erkennen. Dieser Umfang ist so erheblich, daß sich sofort die Frage ergibt: wer bezahlt diese Privatarmee?

Die Offiziere dieser Privatarmee, und es ist eine stattliche Anzahl, sind ziemlich hoch besoldet. Auch die SA-Leute verursachen Kosten. Soweit sie salerniert sind, müssen die Kosten für die Kasernen wie für die Verpflegung aufgebracht werden. Die salernierten SA-Leute erhalten neben der Erwerbslosenunterstützung, die ein großer Teil von ihnen bezieht, noch Löhnung. Für die nicht salernierten SA- und SS-Leute wird ein Entschädigungslohn bezahlt, wenn sie „Dienst haben“. Dazu treten die Kosten des militärischen Apparates vom Stab im braunen Hauke bis zu den Stürmen herunter, die Kosten der Verbindungen usw.

Dafür sind gewaltige Beträge erforderlich. Wir schätzen, daß monatlich zur Finanzierung der braunen Armee mehrere Millionen Mark benötigt werden. Daneben laufen die großen Ausgaben der NSDAP für die Wahlpropaganda. Die Berliner Volkszeitung hat mitgeteilt, daß für den zweiten Wahlgang die NSDAP durch Vermittlung Hoffens drei Millionen Mark Industrieerlöse erhalten habe. Eine derartige Subvention würde jedoch noch nicht ausreichen, um die braune Armee zu finanzieren.

So erhebt sich die Frage: welcher Geldgeber ist in der Lage, eine Putscharmee von solcher Ausdehnung zu finanzieren? In wessen Solde steht die braune Armee Hitlers? Wo kommen mitten in der schwersten Krise, deren Kennzeichen Kapitalmangel ist, die Kapitalien her, die in diesem Putschunternehmen investiert worden sind, und welche Hoffnungen knüpfen die Geldgeber an diese Putscharmee?

Es wäre eine Aufgabe der Untersuchung beim Reichsgericht, diesen dunkelsten Punkt im nationalsozialistischen Putschstreben aufzuklären!

Fassadenkletterers Anfang, Glück und Ende

Abg. Sprenger (N.S.D.A.P.) meinte in der Reichstagsdebatte vom 9. 12. 1930, daß die Parteibuchbeamten „sozusagen als Fassadenkletterer in das Beamten-tum eingebunden seien“.



Reichspräsidentenpalast glänzend abgerüstet



Braunschweig städtisch Regierungsrat



Hilbörghausen Betnahe Gendarmeriekommissar



Hitler sollte nach dem Wunsch seines Vaters Beamter werden: „Ich wollte nicht Beamter werden, nein und nochmals nein... mir wurde göhrend übel bei dem Gedanken...“
Adolf Hitler, Mein Kampf S. 6

Hintergründe des „Kotmord“ aufgedeckt

SA-Selbstverletzungen zwecks Versicherungschwindel

Am 8. April. (Eig. Draht.) Die Rheinische Zeitung legt die Enthüllungen aus der Kölner Nazibewegung fort. Von allgemeinem Interesse ist der Standartenbefehl Nr. 4231 vom 9. Juli 1931.

Ueber die zahlreichen Fälle, in denen sich die SA selbst Verletzungen beibringen,

nicht nur um sich im Ruhme des Selbentums zu sonnen (denn diese Verletzungen haben sie natürlich im Kampfe mit dem Feind erhalten), sondern auch um Unterstellungen zu erschwindeln, unterrichtet die Anweisung der Hilfskasse der NSDAP. (Nr. 231 vom 20. April). In dieser Anweisung heißt es folgendermaßen:

„Die Hilfskasse der NSDAP (SA-Verficherung) hat bedauerlicherweise die Erfahrung machen müssen, daß der Versicherungsbeitrag als zwangsläufige Folge der staatlichen Versicherungsangelegenheit auch vor der SA-Verficherung nicht halt macht. Es sind vorgekommen:

1. Vorfällen falscher Tatsachen, die den Unfall im Dienst beweisen sollen.
2. Selbstverletzungen um Unterstützung zu erlangen.
3. Hinziehen der Wundheilung durch künstliches Offenhalten der Wunde.
4. Unnötig langer Krankenhausaufenthalt, überlanges Krankschreibenlassen, unbefugter Krankengeldbezug durch Vortäuschung von Erwerbsunfähigkeit.
5. Täuschung der Ärzte, die zur leichteren Erreichung des erhofften Zweckes häufig gemacht werden.
6. Willkürlichkeit der Ärzte in Krankschreiben und in der Ausstellung von Arbeitsunfähigkeit-Bescheinigungen, sowie Abgabe unrichtiger Zeugnisse.“

Die Hauptschuld für diese Korruption liegt in dem charakterlosen Menschenmaterial der SA zu suchen.

Adolf zieht nicht mehr!

Die Stimmungsmacherei des Führer für Hitler wird liegen gelassen

Adolf Hitler erlebte am Donnerstagabend in Frankfurt eine Versammlungsniederlage. Die Frankfurter Festhalle war nur etwa zu drei Vierteln gefüllt. Während Hitler noch vor vier Wochen in vier Sälen vor etwa 25 000 Menschen sprechen konnte, waren diesmal nur etwa 10 000 Personen anwesend.

Abwohl die Nazis auf 100 Kilometer Umkreis die SA-Formationen in zahlreichen Gastautos herbeigeleitet hatten. Die Vereisung von vier weiteren Sälen zu Parallelveranstaltungen erwies sich als überflüssig.

Hitler machte anachronisch dieser Pleite einen begeisterten, leidenschaftlichen Eindruck. Er sprach nur etwa eine Viertelstunde und verlegte wiederum den Tag seiner „Nachtergreifung“ auf 10 Jahre.

Der Kagenjammer beginnt schon

Berlin, 8. April. (Eig. Draht.) In Angermünde hatten die Nazis für Donnerstagabend eine Versammlung in den „Berliner Hof“ einberufen. Die Versammlung konnte jedoch nicht stattfinden, weil sich kaum 10 Besucher einfanden hatten.

Der Kanzler im Osten

WEA, Stettin, 8. April. Reichskanzler Dr. Brüning sprach heute in den Messehallen vor mehr als 10 000 Personen. Der Kanzler führte u. a. aus: Ich halte mich für verpflichtet, hier im Osten auf ein paar Dinge ergänzend einzugehen, weil ich angesichts der ungesunden Verheerung der Massen glaube, es dem Herrn Reichspräsidenten besonders schuldig zu sein, ihn gegen eine Reihe von Vorwürfen zu verteidigen. Es ist uns gelungen, unsere öffentliche Wirtschaft und den Etat durchzubalancieren und die Währung in Deutschland stabil zu halten. Es wäre bequemer gewesen, Wege zu beschreiten, mit denen die Nationalsozialisten haufieren gehen. Dann hätten wir uns populär gemacht, aber dann wäre das Chaos gekommen.

Riesenaufmarsch der Eisernen Front in Berlin

Berlin, 8. April. (Eig. Draht.) Die Nazipresse berichtet, daß Hitler am Dienstag im Berliner Lustgarten vor 200 000 Menschen gesprochen habe. Wenn diese Zahl richtig ist, dann ist am Freitag nachmittag die Eisernen Front Berlins mit einer halben Million Menschen gegen Hitler an derselben Stelle aufmarschiert.

Die Kriegsoffer fordern Hindenburgs Wahl

Der „Reichsbund der Kriegsoffiziere“ erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Warum die Kriegsoffiziere Hindenburg wählen? Weil die im Reichsbund der Kriegsoffiziere zusammengeschlossenen 500 000 Offiziere und Unterhelfer sich aus allen Parteien zusammenschließen und dem überparteilichen Kandidaten Hindenburg nur ihre Stimme geben können. Weil die Kriegsoffiziere nur in der demokratischen Republik und ihren parlamentarischen Einrichtungen die sicherste Gewähr für die besterreichbare Verfassung sehen können. Weil nicht die Diktatur eines Einzelnen, sondern nur der Wille der Gesamtheit das Wohl der Gesamtheit garantieren kann.“

Schwammkatastrophe in Rumänien

Bukarest, 8. April. Der Fluß Maros ist über seine Ufer getreten und hat die Stadt Arad überschwemmt. Etwa 1500 Wohnhäuser sind eingestürzt.

Thälmann wählen, heißt Hitler Helfersdienste leisten!

Wähler, fällt nicht auf Moskauparolen hinein!

Entschleierter Hochverrat

Nazi-Dokumente aus ganz Deutschland

So wollten die Nazi die Präsidentschaft „machen“

Darmstadt, 8. April. Die heftigste Regierung hat nunmehr ebenfalls Material über Hitlers Reichsarmee veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß die heftigste SA in der Nacht zum 1. März an verschiedenen Stellen des Landes zusammengezogen war. Die Art dieser Zusammenziehung spricht dafür, daß es sich um eine Aktion mit militärischen Absichten handelte.

Gleichzeitig geht aus dem Material hervor, daß ein regelrechter illegaler Waffenvertrieb durch schwarze Waffenhändler unter den Nationalsozialisten unterhalten worden ist. Vor der Reichspräsidentenwahl wurden an die heftigste SA-Gruppen Sonderaufträge ausgestellt. Dem heftigsten Material zufolge erklärte der Stabschef Dornel bei einem Sturmannebel am 11. März in Darmstadt, jeder einzelne Stabsoffizier sollte die sogenannte **Blutkette überwinden** und andere ins Jenseits befördern. Ingesamt sind bis jetzt 41 Käufer und Weiterverkäufer von Waffen ermittelt worden.

Wetzlar, 8. April. Ebenso wie in Preußen und Bayern hat auch der heftigste Innenminister für ganz Hessen Alarmbereitschaften politischer Vereinigungen vom 9. bis 11. April verboten. Die Polizeibehörden wurden angewiesen, die Anordnung aufs strengste durchzuführen.

München, 8. April. Die bayerische amtliche Pressestelle legt gegenüber den Abenaturverleugern der Nationalsozialisten ihre Feststellungen fort, daß die SA-Mannschaften zum 13. März in den Bezirken Augsburg, Günzburg, Kempten, Lindau, Sonthofen u. s. w. zusammengezogen waren. Die Leute waren mit Rucksack oder Tornister sowie mit Wäsche und Proviant für mehrere Tage ausgerüstet. Von Kaufleuten wird berichtet, daß für den Fall eines Sieges Hitlers am 13. März SA-Gruppen bestimmt waren, das **Rathaus zu besetzen**.

Es geht daraus hervor, was die SA im Falle des Sieges Hitlers am 13. März geplant hatten.

Dessau, 8. April. In der heutigen Sitzung des anhaltischen Landtags teilte Staatsminister Dr. Weber in Uebereinstimmung mit dem Oberreichsanwalt mit, auf Grund von Urkundenmaterial habe sich der dringende Verdacht ergeben, daß Mitglieder der NSDAP den Plan vorbereiteten, die **Verfassung des Reiches und des Landes Anhalt zu entfernen**.

Ein Ermittlungsverfahren ist eingeleitet.

Doppel, 8. April. Die Landespolizeistelle Doppel veröffentlicht Mitteilungen über illegale Propagandaaktivität der SA in Obersachsen. Die SA hatte demzufolge Weisungen erhalten, mit besonderen Propaganda für Frauen in Stärke von je 80 Mann durch Zusammenziehungen in den Wahlkampf einzugreifen.

Tscheka-Organisation im Braunes Haus

Verbindung nach Karlsruhe?

München, 8. April. (Eig. Draht.) Wie die sozialdemokratische Münchener Post meldet, besteht die SA in Braunes Haus seit Frühjahr 1931 eine sogenannte „Zelle G“, die nichts anderes weiß, als die **Tschekaorganisation der Hitlerpartei**.

Der Hauptzweck dieser Organisation ist nach der Münchener Post die **Überwindung der eigenen Betrübe**, weshalb der Kreis der in dieser Zelle tätigen Personen nur aus lechsam gefühlten Nationalsozialisten zusammengesetzt sei.

Diskontsenkung

WTB. meldet: Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 9. April den Diskontsatz von 6 auf 5 1/2 Prozent, den Lombardsatz von 7 auf 6 1/2 Prozent ermäßigt.

Die Reichsbank läßt damit in Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Wirtschaft dienliche Gelddrückung zuteil werden, die mit Rücksicht auf die Gesamtsituation zur Zeit als möglich erscheint. Herabgezogen wurde, daß seit der Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes von 7 auf 6 Prozent mit Wirkung vom 9. März die **Reservierung des Geldmarktes sich fortgesetzt hat**.

Vertagung der Donaukonferenz

London, 8. April. Die Viermächtekonferenz hat sich heute mittags ohne nähere Angabe eines Termins für den Wiederaufnahmetermin vertagt.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen v. Bülow gab Pressevertretern gegenüber seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Dinge eine solche Wendung genommen hätten. Er fügte hinzu, er habe von Anfang an die Empfindung gehabt, daß die Lage zu **verwidel** sei, als daß man die Beratungen darüber in drei Tagen erledigen könne.

Die Konferenz hat besondere Ergebnisse nicht zu verzeichnen. Die offiziellen Berichte beantragen sich mit der Feststellung, daß die vier Mächte in Anbetracht der in den nächsten Tagen in Genf stattfindenden Zusammenkünfte die **Vertagung der Beratungen beschließen** hätten.

Antrag auf Haftentlassung Scheringers abgelehnt

Rechtsanwalt Obuch stellte im Scheringer-Prozess den Antrag, Scheringer aus der Haft zu entlassen. Zur Begründung führt er aus, daß man den Gegenstand der Anklage in den Begriff „literarischer Hochverrat“ zusammenfassen könne. In derartigen Fällen literarischen Hochverrats sei es bisher immer üblich gewesen, daß die Angeklagten auf freiem Fuße blieben. Es liege auch weber **Wahl**, noch Verdunkelungsgefahr vor.

Der Vertreter des Reichsanwalts widersprach dem Antrage. Es sei bekannt, daß zahlreiche Kommunisten sich durch die Flucht nach Rußland der Verantwortung entziehen.

Der Senat beschloß, die Aufhebung des Haftbefehls gegen Scheringer **abzulehnen**.

Die Münchener Post schreibt mit folgenden Fragen: Ist Adolf Hitler bekannt, daß unmittelbar vor Ostern ein eigenes Kommando dieser „Zelle G“ unter der Führung eines Herrn **Sorn aus Karlsruhe**

herangeholt worden ist? Zu welchem Zweck? Gibt Adolf Hitler zu, daß einer der wichtigsten „Amtsleiter“ der NSDAP, der Vorsitzende des „Mischla“ (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss), der Reichstagsabgeordnete und Mitglied der Reichsleitung Major a. D. Buch ist? Beistimmt Adolf Hitler, daß Buch nach einem durch widrige Zwischenfälle verursachten Durchbruch im Braunes Haus weggeschickt wurde und jetzt mit völligem Herzensanbruch (Weinrämpfe) zu Hause sitzt? Weist Adolf Hitler, daß der „Mischla“ Buch mit einem eingetragenen Brief den Sorn nach München heranholt? Warum? Um den seit längerem offenbar verdächtigen athenpolitischen Mitarbeiter Wöhms, namens Bell, einer besonderen Behandlung zuzuführen? Wie erläutert Hitler das in jenem Brief aufgeführte telegraphische **Schwörtwort**:

„Verlobnis mit Helene aufgehoben“?

Ist Adolf Hitler bekannt, daß

Pa. Horn-Karlsruhe

verschiedentlich sich gerühmt hat, seinem früheren Parteigenossen Dr. Schäfer (Offenbach) mit seinen Leuten (der „Zelle G“) unläufig in Sachen einen blutigen „Dankstempel“ angeden zu haben, wobei er nur soviel behauptet, daß Schäfer nicht ganz daraufgegangen sei? Ist es vielleicht die Aufgabe des „Mischla“, in besonderen Fällen, mit einigen Leuten bei zu schlachten? Ist es richtig, daß

für das Kommando Sorn auch noch ein Kraftwagen

unter Führung des Droisten Pa. Tansseisen (München) bereitgestellt war? Ist es richtig, daß dem Kommando als ortsfundiger Führer der aus früheren Gememordprozessen bekannte Leutnant a. D. Schweikart beineadnen werden sollte?

In Bayern und in Deutschland wird so lange kein Frieden einziehen, solange nicht das Braune Haus ausgeräumt ist.

Denn: „Es geschieht nichts in der Bewegung, ohne daß er es weiß, und ohne daß er es billigt. Ja noch mehr: es geschieht gar nichts, ohne daß er es wünscht.“

Wann wird Schluß gemacht?

Das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, deren Neußerungen ja wohl auch den Ansichten des Reichskanzlers Brüning entsprechen, sagt zu den neuen Entwürfen über die Hitlerarmee:

„Wer den Bericht des preußischen Innenministers unvoreingenommen liest und die in ihm enthaltenen Dokumente ruhig auf sich wirken läßt, der faßt sich schließlich an den Kopf und fragt, wie es möglich und erlaubt ist, daß sich in einem geordneten Staatswesen, das wir noch zu besitzen glauben, solche Dinge abspielen.“

Es sollte natürlich nicht möglich sein, und es ist ganz gewiß auch nicht erlaubt. Aber ein Staat, der in dieser Weise mit sich, mit seiner Autorität und mit seiner Existenz spielen läßt, der verdient schließlich nichts anderes, als daß er in diesem Spiel der verlorene Teil ist. Deshalb fordern wir, daß nun aber wirklich Schluß gemacht wird mit diesem Treiben, das unser Volk in das größte Unglück stürzen muß, wenn es noch weiter geduldet wird. Wir können es uns natürlich nicht vorstellen, daß die harmlosen Erklärungen, die für den heutigen Tag von der Nationalsozialistischen Partei mit Sicherheit zu erwarten sind, auf irgendeine staatliche Stelle noch irgendwelchen Eindruck machen könnten. Schließlich muß es einmal aufhören, daß in breiten Kreisen dieser Partei halbe und ganze Geschwätzereien getrieben werden, während die verantwortlichen Führer, denen die Truppe bereits längst entfallen ist, die Hand erheben, um die Legalität der Gesamtpartei zu beschwören.“

Berlin, 8. April. In dem Leipziger Hochverratsprozess gegen den früheren Reichswehrleutnant Scheringer, der sich auf der Festung zum Kommunismus entwidelt hat, wurden am Freitag die von Scheringer verfassten inkriminierenden Artikel kommunistischer Tendenz verlesen. Diese Artikel erfüllen nach der Meinung des Reichsanwalts den Tatbestand des „Hochverrats“. Als das Gericht von den verschiedenen Legalitätsbeurteilungen Hitlers sprach, bemerkte Scheringer ironisch: „Jüngst hat ja Hitler sogar den Eid auf die Verfassung geleistet.“ Der als Zeuge eintretende Reichstagsabgeordnete Dreher hat sein Erscheinen mit der Begründung abgelehnt, daß er infolge des Wahlkampfes unabschmücklich sei. Er hat jedoch, wie der Verteidiger mitteilt, den ihm überwiesenen Spesenbetrag von 80 Mark für die Reise nach Leipzig rubia eingestrichen.

Fahrradsteuer-Schwindel als Wahlmanöver

In einzelnen Bezirken Sachsens wird das Gerücht verbreitet, daß sich die Reichsregierung mit der Einführung einer **Fahrradsteuer** beschäftige. Man behauptet sogar, daß diese Steuer den horrenden Satz von 15 Mark ausmachen würde.

Wie der Sos. Pressebericht aus dem Reichsfinanzministerium erzählt, ist dort von derartigen „irrwissigen“ Plänen nicht das geringste bekannt. Das Gerücht ist also ein **Wahlmanöver**.

Volksnot und Hotel Kaiserhof

Ein Beitrag zu einem Hitlerplakat

An der Lifschule steht ein Plakat: ein Mann, der keine Arbeit hat, eine Frau zur Seite, im Arm das Kind und verhärtet, wie Stempelbrüder so sind.

Wählt Hitler, schreibt das Plakat von der **Eda**. Wählt Hitler? Der zu munterem Geschlede, sich nur die Rechnung, im Kaiserhof thronete, für viertausend Mark in zwölf Zimmern wohnte?

Der fünf Mark für eine Wahlzeit bleich? SA steht stramm und nennt das gerecht. Schlagt Hitler! Dies „Uebermenschenum“ steht lange genug in Deutschland an.

Bei rheumatischen Leiden, bei Schmerzen in den Gelenken u. Gliedern sowie bei Kopfschmerzen haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Ermäßigter Preis M. 1,25. 12,5 Lith., 0,40 Chin., 74,8 Acid. acet. salic. 306

Sittliche Erneuerung mit Herrn Köhm

Die rechtsstehenden „Landvolksnachrichten“ widmen Stabschef, dem homosexuellen Herrn Köhm, eine längere Betrachtung, der wir folgendes entnehmen:

Kürzlich wurden einige Briefe bekannt, die der Stabschef Hitlers, Oberleutnant Köhm, einmal aus einem südamerikanischen Randstaat geschrieben hat, und die in einem Lobesfang auf Berlin endeten. Wohlgeachtet, nicht etwa auf das Berlin der Hohenzollern. Die Begeisterung des Herrn Köhm hat einen anderen recht peinlichen Ursprung. Die Briefe sind ein **einzigartiger Bruchteil eines von homosexuellen Qualen besessenen Menschen**, der zu seinem Leidwesen feststellen muß, daß in seiner exotischen Umgebung Verwerflichkeiten dieser Art so ziemlich unbekannt sind. Erstaunt wird er vor allem aber darüber sein, daß ein Mensch solcher Art Stabschef in einer Organisation sein kann, die ihren blindgläubigen Anhängern täglich dreimal den Katechismus der **neuen Sittlichkeit** einbläut.

Hitlers Sowjet-Reserve

Der Kominternsender: „Die SPD ist der Hauptfeind... die Preußenregierung muß gestürzt werden...“

Entscheidungslampf — Entscheidungsschlacht. Der Todfeind drängt in Amt und Macht. Ihn führt Thibessens Fortemonnaie — hört ihr, wie Moskau höhnisch lacht —: „Der Hauptfeind ist die SPD.“ —!

Folchismus droht! Frei sei das Land! Proleten stehen Hand in Hand: Schluch mit dem Volksverderber-Dreß. Was krächzt da Moskaus Keßbestand —? „Der Hauptfeind ist die SPD.“ —!

Hier Diktatur — dort Revolut! Nur ein Verräter bleibt zurück! Wer tut der braunen Pest nicht weh —? Wer apportiert auf Adolfs Bild —? Hitlers Reserve — SPD. —!

Kurt Kaiser Blüth.

Größenwahn des Abenteurers

Hitler, der Ketter Ostpreußens, der wahre Sieger von Tannenberg

Man liest im Angriff die folgenden fetten Schlagzeilen: „Adolf Hitler schlägt Ostpreußen gegen Polen“ „Hitler bei seinen Ostpreußen“ „Königsberg grüßt den Ketter Ostpreußens“

Das ist nicht der Servilismus journalistischer Lataien Hitlers, das ist vielmehr der schon aus Pathologische grenzende **Größenwahn** Hitlers selbst. Den Beweis liefert die Rede, die Hitler in Königsberg hielt:

„Der Reichskanzler wird am Samstag in Königsberg wohl reden über die Verteidigung der deutschen Grenzen im Osten. Ich würde, wenn ich Reichskanzler wäre, hier nicht über die Rettung des deutschen Ostens sprechen, da es keine Rettung gibt, wenn wir Deutschland nicht vor den regierenden Parteien retten. Man muß dem Kanzler zurufen: „Wenn du Ostpreußen schütten willst, dann schütze es in Berlin!“ Über den Kanzler treiben ja nicht Sorgen um die deutschen Grenzen hierher, sondern die Sorge um die Parteien.“

Was hat der Dösterreicher Hitler mit „seinen“ Ostpreußen zu tun? Wann hat er Ostpreußen gerettet und vor wem? Jetzt wird ein großes Geheimnis enthüllt: es war ein Irrtum, wenn die Welt früher geglaubt hat, daß Hindenburg bei Tannenberg gesiegt habe. In Wahrheit war es nicht Hindenburg, sondern Adolf Hitler, der im strengsten Infognite die Schlacht geleitet und Ostpreußen gerettet hat! Wir erwarten eine ausführliche Darstellung davon im Angriff!

Die unglaubliche Beleidigung gegen den Reichskanzler, die in den dreisten Worten des Maulhelden Hitler liegt, wird, wie wir annehmen, vom Reichskanzler an Ort und Stelle eine gebührende Zurückweisung finden.

Im übrigen genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Militärorganisation des Mannes, der sich selbst als Ketter Ostpreußens bezeichnet, unter dem dringenden Verdacht des **Landesverrats im deutschen Osten** steht!

Der Nazi Beamtenfreundlichkeit!

In Heddingen bei Magdeburg haben die Nazi in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag gestellt: „Die Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt werden weiter bis zu 30 Prozent gekürzt.“

Wenn man berücksichtigt, daß diese Kürzung neben den bisherigen Abzügen eintreten soll, und wenn man ferner berücksichtigt, daß gerade die Nazi den Beamten im Falle ihres Sieges häufig genug Schutz vor allen Gehaltseinbußen versprochen haben, dann berührt dieser Antrag recht eigenartig, und dürfte gegenüber den nationalsozialistischen Flugblätter geeignet sein, die **Wahlzügen und Praxis** miteinander vergleichen zu lassen.

Achtung! Wahlergebnisse!

Wir bitten die Genossen in den einzelnen Orten unseres Verbreitungsgebietes, uns am **Wahltag (Sonntag, den 10. April)** sofort nach erfolgter Auszählung das **Wahlergebnis telefonisch** mitzuteilen.

Anruf 7020 und 7021!

Der Volksfreund erscheint am Montag, den 11. April, früh zwischen 6 und 7 Uhr. Er wird daher auch den Abonnenten außerhalb Karlsruhes an diesem Tage früher zugestellt werden.

Freistaat Baden

Polizeiliche Sicherungsmaßnahmen am Wahltag

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Minister des Innern hat allen Polizeibehörden die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung am 10. April 1932 zur besonderen Pflicht gemacht. Versuchen, die öffentliche Ordnung zu stören, wird daher von dem Sicherheitsorgan mit Nachdruck entgegengetreten und Widerstand gegen die Staatsgewalt nötigenfalls mit der Waffe gebrochen werden.

Die Wahlfreiheit wird für jedermann unbedingt gewahrt sein.

Es ist angeordnet, daß den Kampfverbänden und Unterkunftslokalen der radikalen Organisationen besondere Aufmerksamkeit zugewendet wird. Warmbereitschaften dieser Art, welche die öffentliche Ordnung gefährden, sind polizeilich — nötigenfalls mit Zwang — aufzulösen und Gaststätten, in denen solche versammelt sind, gegebenenfalls frühzeitig polizeilich zu schließen.

Auf die Bestimmungen der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 über die Schließung sonstiger Lokale als Stützpunkte staatsfeindlicher Betätigung wurde besonders hingewiesen, ebenso auf das bestehende Umzugs- und Versammlungsverbot unter freiem Himmel.

SA muß und wird verschwinden

Von den Beamten wird Disziplin gefordert

In einer Hindenburg-Rundgebung am Donnerstagabend in Bruchsal, betonte Staatspräsident Dr. Schmitt, die badische Regierung verlange von den Beamten Disziplin, und wer sich dagegen verweigere, gegen denjenigen werde Disziplinarisch eingeschritten. Im Staate dürfe kein anderer Staat bestehen, die SA-Gruppen müßten und würden verschwinden. Die Reichsregierung müsse hierin baldigst handeln. Kein Stand habe in der Jetztzeit so große Opfer gebracht wie die Arbeiterschaft und andere Stände mögen sich das zum Vorbild nehmen, besonders auch die Beamtenenschaft.

In einer Hindenburgversammlung in Durlach setzte sich Finanzminister Dr. Mattes mit der NSDAP auseinander und sagte, er begrüße die Aktion in Preußen und hoffe, daß sie mit der Auflösung der SA und SS ende.

Die Nazi-Dorwürfe gegen Föhr haltlos

Das Verfahren gegen Führer und Altmann wird jetzt durchgeführt

23. März, 8. April. In einer Rundgebung für die Wiederwahl Hindenburgs setzte sich der Chef der badischen Zentrumspartei Dr. Föhr insbesondere mit den Nationalsozialisten auseinander. Er kam dabei auch auf die Vorwürfe des Hochverrats zu sprechen, die gegen ihn, Dr. Föhr, sowie die Abgeordneten Dr. Kaufmann und Dies erhoben wurden. Wie der Redner erklärte, hat der Oberreichsanwalt mitgeteilt, daß er keinen Anlaß sehe, ein Verfahren einzuleiten. Der Prozeß gegen den Führer und den Altmann könne jetzt durchgeführt werden, da es der Aufhebung der Immunität nicht mehr bedürfe.

Becklagnahme des Führers wegen fälschung amtlicher Bekanntmachung

23. März, 8. April. Von amtlicher Stelle erfahren wir, daß die heutige Ausgabe des Führer beklagnahmt wurde, weil das Blatt in der heute von ihm veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung des Karlsruher Oberbürgermeisters über die Reichspräsidentenwahl den Kreis bei dem Namen Hitler unbefugterweise mit einem Kreuz versehen hatte.

Der großzügige Parteibuchbeamte Hitler

Man schreibt uns: Dem nationalsozialistischen Führer zufolge erklärte Hitler in einer Versammlung in Frankfurt a. M.:

Ich bin vielleicht der einzige Politiker, der von seiner Partei nicht angestellt ist, habe aber auch mein Gehalt als Regierungsrat der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt, zur Verteilung an die ausgesteuerten Erwerbslosen.

Ein wirklich großzügiger „Regierungsrat“, dieser Herr Hitler, der ohne Fälschungen und ohne Erfahrung von seinem Parteifreund Klages zum Parteibuchbeamten gemacht wurde in der Weise, daß Herr „Regierungsrat“ Hitler für sein „Amt“ auch nicht ein Zota Arbeit leistet. Wir möchten wissen, für was Herr Hitler auch nur einen Pfennig Gehalt bekommen sollte. Wir halten es für einen Anflug, wenn dies der Fall sein sollte. Es müßte Aufgabe des Reichsinnenministers sein, festzustellen, ob wirklich an Herrn Hitler auch noch Gehalt gezahlt wird. In diesem Fall hätte es Herr Hitler allerdings leicht, dieses Geld an Arbeitslose weiterzuführen; denn dies wäre ja nur ein Prologomen vom Tisch des Reiches. Herr Hitler bezieht als Parteiführer für seine Rattenfängererei ein Millionen einkommen und wir haben noch nie gehört, daß Herr Hitler etwa dieses den Arbeitslosen oder sonstigen bedürftigen Kreisen hätte zukommen lassen. Im Gegenteil! Tag für Tag hören wir, wie die Nationalsozialisten den Klingelbeutel schwingen, um größere Gelder für Parteipaläste zusammenzubringen und was nicht auf diese Weise in den Saal des Herrn Hitler hineinkommt, gelangt durch die geheimen Kanäle der Schwerindustrie und ehemaligen Hohenzollern-Dynastie an die entsprechende Stelle.

Wahrlich die Anhänger Hitlers müssen schon mehr als dumme sein, wenn sie auf solche dumme Märchen des Großsprechers Hitler hineinfallen. Wer Hitler kennt, und seine Gewohnheiten beobachtet hat, der weiß, daß für ihn NS groß geschrieben wird, und sein Wahlspruch lautet: Mir geht nichts über mich!

Der Bauer und die Präsidentenwahl

Der Kampf gegen das „System“

Der Staatsanwältler schreibt: Auf dem schadenreichen Wege hat Hitler beim ersten Wahlgang vielfach Stimmenmehrheit erlangt. Man staunt und fragt: wie war das möglich? Kernsteine Bauern alten Schlags, in der Mehrzahl Kriegsteilnehmer, die unter Hindenburgs Fahnen gekämpft haben, verließen den Feldmarschall und gaben ihre Stimme einem, der sie lediglich mit Versprechungen fütterte. Inzwischen haben sich Hintergründe dieses merkwürdigen Wählergebnisses aufgeklärt. Dem Gemeinderat des bayerischen Ortes Dietramszell gebührt das Verdienst, Klarheit geschaffen zu haben. Keineswegs gegen die Persönlichkeit Hindenburgs, so erklärte er in einer Art Reueinmündung, habe man sich wenden wollen. Lediglich ihrer Verweigerung über die schlechten Vieh-, Milch- und Holzpreise hätten die bäuerlichen Wähler Ausdruck geben wollen.

Wer gegen Hindenburg stimmte, glaubte „gegen das System“ zu stimmen, das die Preise für Milch, Fleisch usw. so habe sinken lassen. Warum hat die Regierung die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht einfach auf einer bestimmten Höhe stabilisiert? So fragte der Bauer. Und hat nicht das Ausland den Landwirt viel nachhaltiger gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise geschützt? Das „System“ hat also schuld!

In den Händen keines Staatsoberhauptes, keines Reichspräsidenten und keiner Regierung liegt es, rentable Preise festzusetzen. Kein Diktator, kein König, kein wie immer geartetes Regierungssystem hat die Krise von der Landwirtschaft abwenden können.

Hier wie dort strecken Millionen von Arbeitswilligen vergeblich die Hände nach Arbeit aus. Getreide, Lebensmittel, Kaffee wird verbrannt, verrotten, verfaulen. Es fehlt an Arbeitsmöglichkeiten. Die verarmte Welt hat zwar Bedarf an Lebensmitteln, kann aber keine Aufträge mehr erteilen, denn große Teile der Bevölkerung sind nicht mehr tauglich.

Überall in der Welt, unter den verschiedensten „Systemen“, treten die gleichen Schramplungen der Wirtschaft und damit des Ablasses und der Preise ein. Nirgendwo aber, außer in Deutschland, fällt es den Menschen, in ihrer berechtigten Erbitterung ein, lediglich „das System“ für das Wüten der Krise verantwortlich zu machen.

In Deutschland gibt es das „System Brüning“, in England das „System Baldwin-Macdonald“, in Amerika das „System Hoover“, in Italien das „System Mussolini“. Und überall leidet der Mensch, darbt der Bauer, hungert der Erwerbslose. Sie alle, bewährte Staatsmänner, besitzen nicht das Rezept zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Und nur das „System Hitler“ sollte das Wundermittel kennen? ...

Sollte man da wirklich glauben, daß jemand auf den Schwindel des „Wunderdoktors“ Hitler hineinfällt?

Feder, der „Nationalökonom“ Hitlers

Mit der Inflation sollen alle Fragen auf Kosten der Lohnempfänger „gelöst“ werden

Hitler und sein volkswirtschaftlicher Generalstab mit Herrn Feder an der Spitze — bei den Nazis geht es eben einmal nicht ohne General und Stab — haben des öfteren kein Hehl daraus gemacht, daß man selbst vor dem Mittel der Inflation nicht zurückschrecken wird. Ein bekannter Berliner Nationalökonom hat z. B. erklärt, daß man, sobald Hitler die Macht übernommen habe, schon Noten drucken werde, um die SA-Armee bei der Stange zu halten, und daß man die Bevölkerung aus der Fehlstelle füttern würde.

Jetzt, vor der Wahl, um die Nazis empört, wenn man ihnen vorwirft, daß sie Deutschland in die Inflation hineinstürzen wollen. Und doch werden sie sich von diesem Vorwurf niemals reinigen können. Sie können nicht leugnen, daß ihr führender „Wirtschaftslehreverständiger“ offen die Inflation anstrebt. Feder hat in einer Reihe von Schriften die Einführung von „Kassenscheinen“ zur Bezahlung öffentlicher Aufträge und von zinslosen „Baumarktscheinen“ zur Bezahlung des Wohnungsbaues gefordert. Darin erblickt er überhaupt das Geheimnis der „Bewegung der Wirtschaft“. Wenn man aber dauernd die Notensprelle in Bewegung setzt, um damit Straßen, Kanäle und Wohnungen zu bauen, so ist das nichts anderes als Inflation. Darüber gibt es unter den Sachverständigen keine Meinungsverschiedenheit. Eine Inflation bezahlen aber nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihrem Einkommen. Nur auf Kosten des Arbeitseinkommens könnte heute in Deutschland eine Inflation durchgeführt werden.

Freilich ist es um Feder inzwischen still geworden, weshalb man ihn auch jetzt zur Wahl auf Plätze geschickt hat, an denen die Nationalsozialisten sich in ausföhrlicher Position befinden, so daß er keinen Schaden anrichten kann. Aber die Gefahren der „Vehren“ Feders bestehen immer noch. Wie könnte auch die Inflation vermieden werden, wenn die Nazis wirklich einmal zur Macht kommen sollten? Wenn sie auch nur den zehnten Teil ihrer Versprechungen wahr machen wollen, wenn sie die Goldwährung abschaffen, die Zinsen künstlich herabsetzen, die Kreditwirtschaft zerbrechen, die Landwirtschaft die Steuern erlassen, die deutsche Wirtschaft vom Ausland absperrten wollen, so muß die Inflation kommen. Wer glaubt, daß dann die deutsche Währung noch gehalten, das ewige Schnauffletern des Dollarkurses und der Preise verhindert werden könnte? Hitler ist heute die Inflation. Hitler ist die Zerrüttung der Währung. Hitler ist die Preisfrage ohne Ende, Hitler ist das wirtschaftliche Chaos. Deshalb muß Hitler eine vernichtende Niederlage bekommen, damit Deutschland vor solchen Experimenten bewahrt bleibt.

Arbeitslose merkt's Euch!

Wie die Nazis Jagd auf Dumme machen

In Plakaten und Flugblätter werben die Nazis auch bei den Arbeitslosen. Wie wader können die Nazis, wenn sie vor Arbeitern sprechen, gegen den Kapitalismus wettern! Aber man merkt es ihrem Schimpfen an, daß es nur Phrasen ist und unechtes Zeug.

Jeder Arbeitslose weiß, daß die Krise, die ihn arbeitslos machte, in erster Linie durch die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorgerufen worden ist. Die Nazis dürfen das als kapitalistische Partei nicht zugeben. Feder er sagt wieder das, was alle jene denkfähigen Agitatoren nachplappern müssen: Wir haben heute Millionen Arbeitslose, weil die Republik „eine irrsinnige Innen- und Außenpolitik“ getrieben hat. Als ob Amerika, England, Frankreich, Italien usw. nicht auch Millionen Arbeitslose hätten!

Kein Zweifel: Alle Arbeitslosen, die Hitler wählen, taten es, weil sie gegen den Kapitalismus stimmen wollten; sie glaubten, die Nazis seien Sozialisten. Ein sondersbarer „Sozialismus“, von dem der Nazi-Dr. Wagner in der Ruhrtribüne sagte: Unser Sozialismus kann jeder mitmachen!

Wenn jeder abgetafelte Hohenzoller und General, jeder Unternehmer den „Sozialismus“ dieser Arbeiterpartei mitmachen kann, warum gebraucht man dann jene antikapitalistischen Redensarten vor Arbeitern? Die Antwort gab der Dresdener Agitationsleiter der Nazis schon am 18. Februar 1930 in einem Brief an den Fabrikdirektor Fritzsche in Weimar:

„Also — verstehen Sie recht — wir müssen die Sprache der verblödeten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige an uns zu ziehen, sonst würden sie sich bei uns nicht zu Hause fühlen.“

Durchschauen nun die Arbeitslosen diesen Dummenfang? Das ist wohl der schamloseste Betrug, der jemals an Notleidenden verübt wurde. Arbeitslose, laßt euch daher durch die Nazis nicht durcheinander machen, selbst wenn die Nazi zwecks Dummenfang eine fast „hohlgewöhnliche“ Sprache reden. Gebt den nationalsozialistischen Stimmenführern morgen den verdienten Dentsettel!

Ministerialrat Dr. Karl Steiner gestorben

23. Karlsruhe, 8. April. Der erst vor wenigen Tagen zum Ministerialdirektor des Ministeriums des Kultus und Unterrichts an Stelle des am 1. Juli in den Ruhestand tretenden Ministerialdirektors Dr. Huber ernannte Ministerialrat Dr. h. c. Steiner ist gestern Abend an einer Herzschwäche gestorben. Steiner ist 1868 in Moskau geboren, war von 1896 bis 1907 Professor an der Oberrealschule in Freiburg, von 1907 bis 1911 Direktor der Realschule in Aachen und seitdem im Ministerium für Kultus und Unterricht.

Steuergrundlagen für Kirchensteuer

Eine heute erlassene Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts betrifft die Bestimmung der Steuergrundlagen für die Kirchensteuerjahr 1932. Als vorläufige Steuergrundlagen gelten die für das Jahr 1931 festgesetzten, auf Grund deren die Religionsgesellschaften Vorauszahlungen für 1932 erheben können.

Spionage im Kehler Grenzgebiet

23. Weipzig, 8. April. Der Biele Strafenrat des Reichsgerichts verurteilte heute unter Ausschluß der Öffentlichkeit den früheren Offenburger Polizeibeamten Gerber aus Kehl a. Rh. wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, sowie die Ehefrau Josefine Gerbermann wegen verächtlichen Verhaltens des Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Für Gerber wurde außerdem die Zulassung der Polizeiaufsicht ausgeschlossen. Gerber hatte seit längerer Zeit im Sold des französischen Nachrichtendienstes gestanden.

Die Sparanlagen wachsen wieder!

Das Stadt Sparkassenamt schreibt uns: Im Monat Februar d. J. konnten die badischen Sparkassen einen Einlagenüberschuß von 8,8 Millionen RM aufweisen. Zwar überstiegen die Abzahlungen (19,9 Millionen RM) immer noch die Einzahlungen (12,9 Millionen RM), weil die wirtschaftlichen Verhältnisse eben vielfach zum Nachteil auf die besten Lagen zurückzuführen sind; doch läßt sich aus dem Gesamtbild der Sparanlagenbewegung erkennen, daß die wirtschaftlichen Momente, die im vergangenen Jahre zu einer verstärkten Abnahme von Sparanlagen geführt haben, mehr und mehr in den Hintergrund treten. Schon seit Juli d. J. hat der Abzahlungsüberschuß bei den badischen öffentlichen Sparkassen wieder abgenommen; im Januar d. J. betrug er noch 3,7 Millionen RM. Durch die im Berichtsmonat an die Stelle des Abzahlungsüberschusses ein Einlagenüberschuß von dem eingangs erwähnten Höhe von 8,8 Millionen RM, getreten. Die Sparanlagen der badischen Sparkassen haben sich damit von 525,9 Millionen RM am Ende des Monats auf 534,7 Millionen RM am 29. Februar d. J. erhöht.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 9. bis 17. April 1932

Im Landestheater: Samstag, 9. April: *E 22. 20. Gem. 1201-1300. Wallenstein 2. Ab. Von Schiller. 20-23 (4.20). — Sonntag, 10. April: Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondernormale für Auswärtige: Neu einstudiert: Der fliegende Holländer. Von Wagner. 15.15-18 Uhr (3.50). Abends: *C 22. 20. Gem. 1401-1500. Zosca. Von Bucini. 20-22.15 Uhr (6.30). — Montag, 11. April: Volksbühne: Vorbereitungen. Wallenstein. Von Schiller. 19.30-23.30 Uhr (4.20). Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, 12. April: *B 23. 20. Gem. 101-200. Sommer von einm. Operette von Zeltal. 20-22.30 Uhr (4.20). — Mittwoch, 13. April: *A 25. Mittwochsreihe: 20. Gem. 2001-3000. Der fliegende Holländer. Von Wagner. 20-22.15 Uhr (5.70). — Donnerstag, 14. April: *D 26. Donnerstagsreihe: 20. Gem. 1. — 5.00. Zum erstenmal: Der Sonnenuntergang. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis nach 22.30 Uhr (4.20). — Freitag, 15. April: Geschlossene Sondernormale für die Volksbühne: Am weißen Rößl. Einaktspiel von Benatzki. 20-23 Uhr. — Samstag, 16. April: *C 23. 20. Gem. 901-1000. Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis nach 22.30 Uhr (5.00). — Sonntag, 17. April: Morgenfeier „Wilhelm Busch“. 11.15-12.30 Uhr (—, 50, 1.—). Nachmittags: 11. Vorstellung der Sondernormale für Auswärtige: Der fliegende Holländer. Komische Oper von Wagner. 15.15-18 Uhr (3.50). Abends: *C 23. 20. Gem. 1001-1100. Wallenstein. Von Schiller. 20-22.15 Uhr (6.30).

Im Badischen Konzerthaus: Sonntag, 10. April: *Zur goldenen Jubel. Operette von Benatzki. 19.30-22.15 Uhr (2.00). — Sonntag, 17. April: *Zur goldenen Jubel. Operette von Benatzki. 19.30-22.15 Uhr (2.00).

Auswärtiges Gastspiel: Samstag, 16. April: In Wörzheim: Zänse.

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

Über 114 Millionen RM Gesamtgewinne

39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

Gewerkschaftliches

Der Krisenkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ist nunmehr auf den 13. April anberaumt worden. Er findet im Reichstag statt. Der einzige Punkt seiner Tagesordnung lautet: die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Den Bericht hierüber erstattet Eggert, der stellvertretende Vorsitzende des ADGB. Wie wir hören, wird der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning den Kongress besuchen. Jedenfalls nimmt der Reichsarbeitsminister Dr. Siegenwald an ihm teil.

Alle Dispositionen, die seitens der Verschiebung des Kongresses getroffen wurden, bleiben aufrecht erhalten. Die Delegierten zum Frankfurter Gewerkschaftskongress behalten ihr Mandat für den Krisenkongress.

Die große Aussprache des Reichsarbeitsministers mit den Schlichtern, den Unternehmern und den Gewerkschaften zur Klärung der Lohnfrage findet am 12. April statt.

Karlsruher Umgebung

Weingarten

Hindenburg der Massenmörder — Naziflüten aus dem Walzbachtal

Man schreibt uns: In letzter Zeit hatte man Gelegenheit, wahre Kostproben aus dem Laden des Dritten Reiches zu hören. Wohl würde es zu weit führen, all die täglichen Vorkommnisse hier zu zitieren. Doch der jüngste „Genuss“ nationalsozialistischer Blütenlese dürfte die Weingartner Arbeiterchaft besonders interessieren. Waren da am Sonntagabend etliche Arbeiterportier im Gasthaus „Zur Linde“, ihnen gegenüber ein Dillergemeinderat, Hartmann, Schlosser im Eisenbahnausbesserungswerk Durlach. Demagogisch glaubte er diese nun indirekt zu einem Redewort herauszufordern. Lange währte die Geduld derselben, aber als Lausbuben, Bonzenbuben und Flegel usw. seinem etwas hochgetragenen Hohnraum entsprangen, war auch deren Gutmütigkeit zu Ende. Und schon die ersten Worte derselben waren für ihn ein entblühende Niederlage. Die schwersten Beschimpfungen gegenüber der Eisernen Front und die Sozialdemokratische Partei waren weitere geistige Erzeugnisse. Doch den Gipfel der Schamlosigkeit und Fronte erlaubte er sich mit der häufigen Bemerkung, die Sozialdemokratie würde den Massenmörder Hindenburg unterstützen. Seiner Aufforderung, ihn auf dem Nachhauseweg zu überfallen, folgte niemand denn Arbeiterportier sind von einem solchen Instinkt nicht befehen.

(Wie uns bekannt ist, wird sich die Justizbehörde für Herrn Hartmann etwas näher interessieren. Aber er dürfte wahrscheinlich dann auch, wie neun Zehntel der wegen Beleidigung verurteilten Nazis um gut Wetter bitten, d. h. um gansen oder teilweisen Nachlass der Strafe. Die Red.)

Eggenstein

Die Kundgebung der republikanischen Parteien zur Wahl des Reichspräsidenten Hindenburg war gut besucht. Die Redner, Frau Reich-Gröningen von der Staatspartei und Gen. Jugendpartier Kappes rechneten mit den Nazis gründlich ab und erhielten für ihre Ausführungen starken Beifall. Die anwesenden Gegner verzichteten sich ruhig. Mit einer Mahnung an die Freunde unserer Sache, am nächsten Sonntag alles an den Sieg Hindenburgs zu setzen, schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

Bei Vitalieder der Eisernen Front versammelten sich am Samstag und Sonntag jeweils um 9 Uhr im Lokal. Keiner fehlt!

Fagsfeld

Die Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl die von der SPD einberufen war, nahm einen glänzenden Verlauf und war sehr gut besucht, der Saal zur Krone war bis auf den letzten Platz besetzt. Die unermüdete Tätigkeit der Partei und der Mitglieder der Eisernen Front und nicht zuletzt der Name Kappes, haben diesen vollen Erfolg zustande gebracht. Allen Beteiligten besten Dank. Gen. Farrer Kappes behandelte in zweistündigen Ausführungen unter lautloser Stille der Anwesenden das Programm der Nazis und ihre Wahlversprechungen sowie die Person Hitlers. Gen. Farrer Kappes hat nicht geschimpft, aber er zeigte Hitler und seinen Anhang als das was sie sind, als grobschnäuzige hohle Demagogen. Wir sind mit dem Erfolg der Veranstaltung zufrieden und hoffen, daß das Wahlergebnis dementsprechend ausfällt. — Keiner darf morgen der Wahlurne fern bleiben, keine Frau darf zu Hause bleiben, benutzt diese kurze Zeit noch zur Agitation unter euren Verwandten und Bekannten. — Treffpunkt am Sonntagabend im Bahnhof zur Entgegennahme der Wahlergebnisse.

Gemeinderatsitzung vom 7. April

In zwei Fällen erfolgte Kündigung des Gemeinde-Baudarlehens, weil gegen die Vertragsbestimmungen verstoßen wurde. — Beschlossen wurde die Anschaffung von 6 Merkblättern, welche die neuesten Ausführungsbestimmungen bzw. Änderungen in Fürtorgelassen, durch die Notverordnungen bedingt, enthalten. — Das Geluch der Frau Willert betreffs Ausgrabung und Ueberführung der 1916 verstorbenen Frau Kirchnerot Hermann nach Karlsruhe findet unter Einhaltung der vom Gemeinderat vorbehaltenen Bedingungen Zustimmung. — Einer Handfreigabe auf verschiedene Grundstücken in einer Erblichkeitsangelegenheit, wird zugestimmt. — Mit einer kleinen Änderung ist die Aufkommensrechnung der Wahlkommission zur zweiten Reichspräsidentenwahl wie beim ersten Wahlgang, Wahlzeit von 9-6 Uhr. — Einer Beschwerde wird insofern Rechnung getragen, daß künftig für das Ausschließen ein neuer Stand errichtet wird. — Auf Ansuchen des Notariats beschließt der Gemeinderat aus Gründen der Zweckmäßigkeit, bis zur Neubesehung des Ratsschreibers bzw. Grundbuchhelfers den alten Ratsschreiber zum allgemeinen Hilfsgrundbuchbeamten zu ernennen. — Die Verhandlungen mit der Domänenverwaltung stehen vor dem Abschluß. Voraussichtlich wird das Gelände beim Hirschbach zu einem geringen Entgelt in Parzellen zu 10 Ar ungefähr auf 6 Jahre pachtweise minderbemittelten Familien überlassen. Interessenten hierfür mögen sich an das Bürgermeisteramt wenden. — Ein Schadensersatzanspruch eines bekannten auswärtigen Koffhändlers der Gemeinde an den Bürgermeister illustriert die Raffinerie, die dahinausgehend andiät, daß auf Kosten der armen notleidenden Bevölkerung die Gemeinde dem Ruin entgegengebracht wird. Falls wäre es, wenn allgemein den armen Teufeln, die unverschuldet in Not geraten, eine Unterstützung vorzuenthalten würde. Bekämpfen müssen wir allerdings die kraftlosen Auswüchse, die vereinzelt, der Gemeinde einige taushend Mark Unkosten verursachen. — Unterstützt werden 82 Wohlfahrtserwerbslose. — Vorbereitet bzw. zurückgestellt und genehmigt werden verschiedene interne Fälle.

Sport

Handball

Wie 4 Gruppenmeister im Kampf. Durlach muß zu Darlabenden A. Karlsruhe-Edb empfängt Darlabenden I. Handl hat Beilheim verpflichtet.



Finden Sie, dass Frau Müller sich richtig verhält?

Tag für Tag nimmt sie zum Aufwaschen das, womit schon Großmutter sich behalf. Tag für Tag quält sie sich ab, fettiges Geschirr wieder blank zu kriegen. Wie gut könnte sie es haben, wüßte sie von IMI's Zauberkraft! Mit einem Schlage wäre sie alle Reinigungsorgen los! Mit einem Schlage käme Licht und Glanz in die Wohnung. Und sie wäre um Stunden früher fertig. Denn IMI säubert unerhört schnell, ist immer auf dem Posten und — was die Hauptsache ist — billiger!

Beim Geschirraufwaschen genügt ein Teelöffel IMI für eine normale Aufwaschschüssel. Soergiebigistes!

7197/52. b



zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen, für Geschirr und alles Hausgerät

Hergestellt in den Persilwerken.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1553 Französischer Satiriker Rabelais. — 1626 Englischer Gelehrter Franc. Bacon. — 1850 Schriftsteller Julius Dart. — 1860 Sozialist Dr. Max Quast. — 1865 Ende des amerikanischen Bürgerkriegs. — 1882 Maler und Dichter Rodetti. — 1928 Türkische Kammer beschließt Trennung von Kirche und Staat.

Der 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

Beginnt am Sonntag, den 10. April, morgens um 9 Uhr; um 12 Uhr ist die Wahlhandlung zu Ende. Was jeder Wahlberechtigte von der Wahlhandlung kennen muß, geht aus der Bekanntmachung des Oberbürgermeisters vom 5. ds. Mts. hervor; es ist auch von uns schon anlässlich des 1. Wahlgangs ausführlich mitgeteilt worden. Um das Wichtigste kurz zu wiederholen, sei daran hin erinnert, daß man vor allem genau wissen muß, in welchem Wahlbezirk man in die Karte eingetragen ist. Der Wahlberechtigte erhält dies u. a. aus seiner Benachrichtigungsliste, die er von der Wahlgeschäftsstelle beim 1. Wahlgang oder in den letzten Tagen erhalten hat.

Man vergesse ja nicht, einen genügenden Ausweis zur Wahl mitzubringen, am zweckmäßigsten die Benachrichtigungsliste. Ob der Wahlberechtigte den vorgeschriebenen Ausweis besitzt, darüber entscheidet gegebenenfalls der Wahlausschuss. Das Mißtrauen von Ausweisen über Stimmzettel ist strafbar ist, das ist auch diesmal betont. Die Wahlhandlung geht wie üblich vor sich.

Beim 1. Wahlgang hat in den meisten Wahlbezirken die Mehrheit der Wähler am Vormittag gewählt. Erwünscht ist, daß dies auch diesmal geschieht. Dann wird es möglich sein, daß bald nach 12 Uhr die Wahlhandlung geschlossen wird. Das liegt nicht nur im Interesse der schnellen Fertigstellung des Wahlergebnisses, sondern auch im Interesse der ehrenamtlich tätigen Wahlausschusmitglieder, von denen die allermeisten ja schon beim 1. Wahlgang tätig waren. Sie alle möchten natürlich bald nach 6 Uhr mit dem Ausschließen der Ergebnisse beginnen, um ihre Arbeit bald beenden zu können. Also auch bei dieser Wahl ist es erwünscht, daß man vor 14 Uhr (2 Uhr nachmittags) gewählt hat. Bemert sei noch, daß am Wahlsonntag die Wahlgeschäftsstelle sich wieder in ihren Amtsräumen, Zähringerstraße 98, befindet (bis Samstag abend im Konzertsaal). Stat. Amt.

Eine kleine Vergeßlichkeit der Badischen Presse

Präsident im Nachtrag zur Brüning-Curtius-Vermählung vom letzten Montag doch noch registriert zu werden. Nach dem Reichsanwalt Dr. Brüning sprach bekanntlich der frühere Reichsaußenminister Dr. Curtius, der in wenigen Minuten Sätzen besonders außenpolitische Fragen behandelte. Zur Wahl selbst bemerkte der bekanntlich zur Deutschen Volkspartei zählende Redner u. a.: „Man habe vor dem ersten Wahlgang Zweifel an der Sozialdemokratie gehabt. Sie mußte man anerkennen, wie verantwortlich sie dem nationalen Interesse der Reichsregierung gefolgt sei, und wie ihre Anhängerschaft die Reichsregierung gehalten. Die Rechte aber habe verläßt.“

Oeffentliche Verammlung in Mühlburg

Die auf Donnerstag, den 7. April, in das Lokal zum „Hirsch“ einberufene öffentliche Verammlung hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Genosse W. Koch war als Referent erschienen. Er hielt den extremen Parteien von rechts und links eine scharfe Abrechnung. Das Vorgehen der Kommunisten bezeichnete er nicht nur als Arbeiterverrat, sondern auch als Verrat am deutschen Volke. Er leitete es auf dem Boden der Republik und ihrer Verfassung. Das Vorgehen der KPD bringt dem Faschismus Vorteile. Wenn man schon auf das Verhalten der KPD beim ersten Wahlgang zurückgeht, so noch in verstärktem Maße für den zweiten Wahlgang. Wenn es diesem Gelächter ernstlich darum zu tun wäre, dem Faschismus eine Niederlage zu bereiten und ihn gänzlich zu zerstören, hätten sie ihre Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückziehen müssen. Da sie an ihrer Kandidatur festhalten, so ist nichts mehr und nichts weniger als die Steigbügelhalter des Faschismus. Darum laßen wir: Wer Thälmann wählt, wählt den Vertreter des Faschismus; Hitler. Zu den Nationalsozialisten wandte, führte der Referent der Verammlung recht deutlich vor Augen, was die Arbeiterklasse zu erwarten hat, wenn der Faschismus ans Ruder käme. Besonders was die Frauen im Dritten Reich zu erwarten hätten. Wie aus Wort und Schrift prominenter Nazi-Anhänger nachgewiesen werden kann, soll die Frau im Dritten Reich nur die Aufgabe haben, Kinder zu gebären, und Magd und Dienstmädchen sein. Auch in Bezug auf die Sozialversicherung hat die Arbeiterklasse eine ungemaine Verleumdung zu erwarten. Der Reichsminister für Arbeit und Wohlfahrt hat in einem Vortrag erklärt: „Die Arbeiter- und Arbeitslosenversicherung macht arbeitslos; man kann schon von arbeitslos sprechen. Nicht der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber ist der Arbeitgeber.“ Der Nationalsozialist Ball-Winterberg hat die Erklärung der Sozialversicherung im Plauenener Berichtstag erklärt: „Die Sozial- und Arbeiterversicherung hat nicht die Aufgabe, die Arbeiter zu versichern, weil sie nur Faulenzer sind, Erbsüßler, die das Volk im Grunde heilen und laßen bis 4 Uhr früh im Wirtschaftsamt schlafen.“ All diese Gefahren muß das deutsche Volk heute erkennen. Darum heißt die Parole: Tod dem Faschismus! Schlacht Hitler! Wählt Hindenburg!

„Segen“ der Konsumvereine

Die Firma B. Brombacher & Co., Nachf. G.m.b.H., Lebensmittelfabrikation, verbreitet ein Zirkular an die Kundschaft, wobei sie sich einer Auslegung der Frankfurter Zeitung über Subventionen bedienen. Die Konsumvereine bedient. In dieser Auslegung der Frankfurter Zeitung wird mitgeteilt, daß die Konsumvereine beim Reichswirtschaftsministerium angefragt hätten, ob sie die Subventionen des Reiches für Einzelhandelsgrößen betriebe Mittel zur Verfügung zu stellen, (Wohl als verlorene

Sozialdemokratische Beamtenheße

Auflöse führer-Drohungen / Nazi-Beamte und Sauberkeit

Der Artikel „Staatsfeindliche Beamte auch bei der Stadt“ hat bei den hiesigen Beamten der Stadt etwas Angst ausgelöst, die ihnen scheint recht ordentlich in die Glieder gefahren ist. Also: Führer hilf! Die Angst verrät zu deutlich ein Artikel des Führers mit dem Titel „Sozialdemokratische Beamtenheße“, der in der üblichen maulwurfsartigen und nichtigsten Sprache und Aufmachung, wie sie bei den Naziblättchen anzutreffen ist, erschienen. Wenn der Artikelshreiber von einer maßlosen Heße der sozialdemokratischen Judenpresse gegen das Berufsbeamtentum spricht, so sei ihm gesagt, daß von einem politischen und journalistischen Lausbubenstück auch nichts anderes als ein erbärmliches Lügenprodukt erwartet werden kann. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie für das Berufsbeamtentum ist bei allen Beamten, denen ein normales Denken nicht verlagert ist, zu bekannt, als daß einer im Golde des Kapitalismus stehender Schmierfink sie abstreiten könnte. Aber auf Befehl und im Interesse der Partei gibt man sich zu den größten Verleumdungen und Lügen hin — diesen Beweis haben die Naziblätter vollumfänglich erbracht.

Der Artikelshreiber glaubt da mit einseitigen und nichtigsten Drohungen den Volksfreunde einschüchtern zu können, damit er ja nichts mehr über Nazi-Beamte veröffentlicht. Diese Art des Kampfes ist denn doch zu kindlich, als daß sie eine Wirkung auslösen könnte. Wir sagen der Nazi-Drohungen unabweislich, daß dieselben Drohungen und Angstmachereien ein Schuß ins Leere ist. Wir werden nach wie vor an den Nazi-Beamten Kritik üben oder nicht, wir werden tun, was wir für gut halten. Den Beweis dafür soll der Führer selbst führen.

Der in unserem Artikel „Staatsfeindliche Beamte auch bei der Stadt“ erwähnte Herr Kübler hat zwar in einer Berichtigung bestritten, daß er einen republikanisch gesinnten Kollegen mit Sempel usw. tituliert habe. Aus der Berichtigung hätte man glauben können, daß Herr Kübler der politisch harmloseste Mensch der Welt sei. Daß dem aber nicht so ist, beweisen verschiedene Zuschriften an uns, die von Leuten stammen, welche mit Herrn Kübler in recht enge Beziehungen kommen. Uebereinstimmend heißt es in diesen Zuschriften, daß Herr Kübler bei verschiedenen Gelegenheiten, sich in bei Nationalsozialisten üblichen Beschimpfungen auf die Republik erging. Er, der doch in der Republik Beamter geworden ist, schimpft jetzt auf dieselbe, als ob die Republik vielleicht daran Schuld wäre, daß er nicht mehr den Bäckermeister marxierte lann.

Ueber einen anderen Nazianhänger bei der Straßenbahn wird uns folgendes berichtet: Seil Hitler! Mit diesem Faschistenarabü beehrte der Straßenbahnkassierer den aus einem Straßenbahnwagen der Linie 1 aussteigenden Kassmann Dreher. Dieser Straßenbahnkassierer weiß scheint's nicht, wie sich gerade die Sozialdemokratie für die Ueberführung der Straßenbahner aus dem Angestellten, in das Beamtenverhältnis einsetzte und, daß selbst ein Nazi auf dem Karibus vor noch nicht allzulanger Zeit erklärte, daß sie bei der Behandlung der Beamtenstrafen für die unteren Beamten kein besonderes Interesse haben. Interessant wäre, zu erfahren, wie sich die Stadtverwaltung zu diesem Faschistenarabü eines ihrer Beamten während der Dienstzeit stellt. Wie weit würde es führen, wenn auch die Angehörigen anderer Parteien und Organisationen ihren Gruß zur Geltung bringen würden? Aber was schließlich den Nazis erlaubt ist, kann man den anderen nicht verbieten.

Als der Verfasser dieser Mitteilung den oben erwähnten Vorgang beobachtete und sich auf der Weiterfahrt einige Notizen machte, er von zwei in demselben Wagen fahrenden Nazi-Stadtordnern, als er den Wagen verließ, mit Dredspok titulierte. An diese Beschimpfung wurde noch die Drohung geknüpft: „Der Dredspok werte mers noch Horra!“

Wie der Führer also sieht, hat uns keine Drohung auch nicht im geringsten davon abgehalten, auf diesen Fall an die Öffentlichkeit zu bringen, wie auch die geführten Kritiken dasiehe beweisen. Die bei der Straßenbahn beschäftigten Naziteile müssen überhaupt recht „tapfere“ Kämpfer des Dritten Reiches unter sich haben, denn einer schrieb uns, wir sollen ja seinen Namen nicht veröffentlichten, die längste Zeit wäre er ein Anhänger der Hitlerpartei gewesen. Also die Anglimerler sitzen schon irgendwo anders und nicht bei der

Sozialdemokratie. Herr Plattner wird schon gut tun, die rauben Kämpfer des Dritten Reiches unter den Straßenbahnern einmalt antreten zu lassen und nach demjenigen zu forschen, der diesen Heldenmut an den Tag gelegt hat.

Der Führer kann uns also nicht bange machen. Daß er im Zuge jeder Konkurrenz schlägt, hat er denn doch des öfteren schon bewiesen. Wir erinnern ihn bei der Gelegenheit, weil es sich doch um städtische Bedienstete dreht, an den Fall Pfitsch. Herr Pfitsch ist bekanntlich ein ganz Vertrauenswürdiges Mitglied des Führers, und als Pfitsch seiner Zeit des Diebstahls bezichtigt wurde, da schrieb der Führer in seiner Nummer 220 vom 10. Oktober 1931:

Unter Pa. Pfitsch, der in verleumdeter Weise der unerschuldeten Minnahnme von Cel bezichtigt wurde, ist durch die nationalsozialistische Stadtkommission auf gerichtliche Unteruchung dringen. Seine Unschuld wird dabei ans Licht kommen.

Die Wahrheit von dieser Unschuld ist nämlich, daß Herrn Pfitsch der Diebstahl nachgewiesen werden konnte und er vom Amtsgericht als „Belohnung“ dafür auch eine Geldstrafe erhielt. Außerdem wurde er aus dem städtischen Dienst entlassen. Für derlei Leute steht schon fest, daß Pfitsch die Unehrlichkeit begangen hat. So lügt und schwindelt der Führer seine Verleumdung an und ausgerechnet Beamte sind es, die einer solchen Zeitung der Unmoral noch Gefolgschaft leisten und Schutz bei ihr suchen.

Vor dem Kriege hatte die Beamtenschaft recht viel auf Sauberkeit und Moral gehalten, heute ist dies bei einem Großteil der Beamtenschaft anders geworden. Seitdem das Nazigift sich in den Gehirnen so vieler Beamten festgesetzt hat, steht das Wort Sauberkeit bei vielen Beamten in sehr niederem Rufe.

Wie könnte es denn sonst vorkommen, daß ein städtischer Stadtkassenleiter, daß andere städtische Beamte sich in derselben Fraktion noch wohl fühlen, wo doch ein Mitglied dieser Fraktion ein Eigentumsvergehen bei der Stadt begangen hat?

In einer anderen Partei, wo man in der Tat Wert auf Sauberkeit und Reinlichkeit hält, könnten Leute a la Pfitsch schon längst nicht mehr Mitglied sein. Bei der sozialdemokratischen Fraktion wäre ein Mitglied, das sich eines Eigentumsvergehens schuldig gemacht hätte und insbesondere an städtischem Eigentum, einfach unmöglich. Aber bei den Nazis dürfen derlei Leute noch eine große Rolle spielen, sie sind sogar noch besonders angesehen und städtische Beamte sind es, die mit einem solchen Menschen in der gleichen Fraktion sich befinden. Aber was will man sagen, denn in der Nazi-Fraktion ist doch auch noch bekanntlich Herr Stadtrat Kramer, der wegen Unterschlagung auch schon vier Wochen auf Bewahrung erhielt. Aber auch daran finden scheint's städtische Beamte keinen Anstoß; denn sonst hätten die Herren Jäger usw. aus Gründen der Sauberkeit und Reinlichkeit schon längst die Konsequenzen ziehen müssen.

Man hält es auch scheint's in bester Ordnung, wenn ein städtischer Beamter sich an einer tief beschämenden Prügelei im Karlsruhe Rathaus führend beteiligt, wobei städtisches Eigentum kaputt geschlagen wurde. Herr Streit ist bisher von Naziteile aus nicht gefehlt, allerdings auch nicht von der Stadtverwaltung, trotzdem ein solcher Beamter das Recht vertritt hat, noch in städtischen Diensten stehen zu dürfen.

Was wir bisher aufgezählt, sind nur Einzelfälle. Betrachten wir aber allgemein das Verhältnis des Beamten zu seiner Mitgliedschaft in der Hitlerpartei, so muß man sich wirklich wundern, wie ein etwas auf

Sauberkeit und Reinlichkeit haltender Beamter Mitglied einer Partei des Hochverrats, der Mordes und sonstiger fragwürdiger, mit Zuchthaus schwer bestrafte Elemente sein kann.

Die Sauberkeit und Reinlichkeit hat bei den Nazis nur in der Theorie guten Klang, in Wirklichkeit werden bei den Hitlerlern die Schuld beladenen geduldet oder gar noch mit Ehrenämtern betraut. Wir haben also gar keinen Grund, vor den Drohungen des Führers zurückzuschrecken, selbst auf die Gefahr hin, daß er mit Allweibergeheiß auftritt, wie dies der angelegliche Straßenbahner in seiner Zuschrift in der Sonntagsnummer des letzten Führer getan hat.

Zuführung.) Es kämen hierfür solche Vereine in Betracht, die über Liquiditätsunterlagen nicht mehr verfügen, wie zum Beispiel an manchen Orten, an denen das beherrschende Industrieunternehmen stillgelegt ist usw. Man begründet diesen Schritt damit, daß auch andere Kreditorganisationen, die unter den Kulti-Ereignissen zu leiden hatten, geschlossen worden sei, den Großbanken sowohl wie den Kreditgenossenschaften. Die Frankfurter Zeitung wendet sich dem Schluß gegen solche Subventionen.

Wir würden von der ganzen Sache keine Notiz nehmen, wenn die Firma Brombacher & Co. nicht noch besonders betont würde, daß die Drucklegung dieses Artikels aus der eigenen Tasche gescheit hat, um die Kundschaft darauf aufmerksam zu machen, wie mit den Steuermitteln der Allgemeinheit umgegangen wird. Die Firma Brombacher will also aus diesem Geiz der Konsumvereine ein Geschäftchen für sich machen. Es handelt sich um eine Firma, bei der der Nazi-geist einen besonderen Stützpunkt hat, weshalb Arbeiter von ihr schon mehrere Mal ihr Recht beim Arbeitsgericht suchen mußten.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß infolge der Krise verschiedene Konsumvereine ebenfalls großen Schaden erlitten haben. Das Reich gewährte privaten Unternehmungen und insbesondere auch den Banken Subventionen, die in die viele Millionen hineingehen. Warum sollten denn etliche nicht aus eigener Schuld in Not geratene Konsumvereine als Feuerzählende Unternehmungen nicht ebenfalls eine Unterstützung seitens des Reiches oder eines Landes beantragen dürfen? So wurde auch die Kreuzen-Laffe, ein Institut, das hauptsächlich für Genossenschaften in Frage kommt, um Unterstützung angegangen. Es wäre denn doch eine Ungerechtfertigkeit, wenn diese Kasse nur für landwirtschaftliche Genossenschaften da wäre und nicht auch für Konsumgenossenschaften. Es müßte wahrhaftig mit dem Teufel zugehen, wenn es in dieser Beziehung für Konsumvereine ein unverständliches Ausnahmerecht geschaffen würde. Es ist also

grundsätzlich gar nichts gegen die Bestrebungen der Konsumvereine um Unterstützung zu sagen, wo doch private Unternehmungen ebenfalls Unterstützung erhalten. Aber vollständig falsch ist es, wenn die Firma Brombacher & Co. es so darstellt, als ob diese Unterstützung aus Steuergeldern der Allgemeinheit gegeben werden soll. Bekanntlich müssen die Konsumvereine an Umsatzsteuer 1/2 Prozent mehr bezahlen als andere Unternehmungen, und die Konsumvereine verlangen deshalb, daß aus diesem Aufkommen, aus dieser Sonderumlage der Konsumvereine, eine Stützungsaktion für sie erfolgen solle. Also nicht Mittel aus den Steuergeldern der Allgemeinheit, sondern aus den Einnahmen von der den Konsumvereinen ungerichteterweise auferlegten Umsatzsteuer.

Die Sache verhält sich mithin schon etwas anders, als wie die Firma Brombacher sie hinführen beliebt. Die Firma Brombacher hält es auch für angebracht, die Lebensbedürfnisse der Arbeiter zu erwähnen. Das soll wohl eine Spitze gegen den Karlsruher Lebensbedürfnisverein sein. Nun hat dieser, wie die Konsumvereine in ganz Süddeutschland, keine Unterstützung nötig, sondern der Karlsruher Lebensbedürfnisverein steht in jeder Hinsicht, auch finanziell, so gestützt da, wie man es nicht besser wünschen könnte. Er hat erst im Geschäftsbericht über seine ganze geradezu allansende Geschäftslage berichtet. Wer sich darüber in demselben informiert und auch der Konkurrenz eine objektive Betrachtung zuläßt, der wird das vorstehend Gesagte bestätigt erhalten.

St.N.N. Neuregelung des Dienstes bei der Stadtschulärzstelle. Die Leitung der Schulärzstelle wurde dem Stadtobermedizinalrat Dr. Geißler neben seinem bisherigen Amt als Leiter der städtischen Tuberkulosefürsorge übertragen. Am 11. April tritt im Zusammenhang damit in den Sprechstundenzeiten der Stadtschulärzstelle und der Tuberkulosefürsorge eine Veränderung ein. Wir verweisen auf den Anzeigenteil der heutigen Nummer.

